



# Wir sind fassungslos!

## Initiative „200 nach Marburg“ fordert ein Ende der Abschiebungen nach Afghanistan

Sehr geehrte Frau Dorn,  
sehr geehrter Herr Bamberger,  
sehr geehrter Herr Beuth,

wieder einmal fassungslos mussten wir von einer erneuten Sammelabschiebung nach Afghanistan erfahren. Am letzten Dienstag haben die deutschen Asylbehörden erneut 26 Menschen mit einem Abschiebeflug von Düsseldorf nach Kabul ausgewiesen. Nachdem im März 2020 die Abschiebep Praxis wegen Corona unterbrochen worden war, wurde sie im Dezember wieder aufgenommen.

Afghanistan ist besonders stark von der Corona-Pandemie betroffen und es herrscht Krieg im Land, mit Bombenanschlägen, die auch Zivilisten töten oder verletzen. Das Land wird als der zurzeit gefährlichster Konfliktherd der Welt bezeichnet (vgl. Intern. Crisis Group, im Handelsblatt vom 1.1.2021). Die Tatbestände Krieg und Pandemie, dazu die Jahreszeit Winter müssten ausreichen, um als Landesregierung diese Abschiebep Praxis nach Afghanistan abzulehnen, schon gar nicht mitzumachen!

Einzig und allein durch den Einsatz des hessischen Flüchtlingsrats konnte aber gerade noch verhindert werden, dass mit dem Abschiebeflug ein in Hessen lebender Auszubildender im 2. Lehrjahr, sprachlich und familiär gut integriert, ausgewiesen wurde. Die Hessische Landesregierung inhaftierte den jungen Afghanen an seiner Arbeitsstelle, um ihn ebenfalls am Dienstag zum Flughafen zu bringen. Der Mann war vor einigen Jahren wegen einer Schlägerei auf Bewährung verurteilt worden. Die Sache war also juristisch geregelt und erledigt. Es gab keinen Grund ihn abzuschicken.

Wir fragen deshalb Sie als Vertreterin und als Vertreter der Landesregierung: Warum machen Sie das mit? Und wir fordern ein sofortiges Ende dieser Abschiebep Praxis!

Mit freundlichen Grüßen

für die Initiative "200 nach Marburg"  
Marita Gabrian  
Gabriele Borgemeister  
Karin Schwalm

Diese Mail geht in Kopie an Timmo Scherenberg (Hessischer Flüchtlingsrat), Günter Burkhardt (ProAsyl), MdL Frank-Tilo Becher (SPD), MdL Jan Schalauske (DIE LINKE) und Hildegund Niebch (Diakonie Hessen).